Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 146 (1980)

Heft: 3

Artikel: Weissbuch 1979 der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland

Autor: Schauer, Hartmut

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-52820

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Weissbuch 1979 zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland

ERSCHLOSSEN EMDDOK
MF 177 / 1233

Hartmut Schauer

In mehrjährigen Abständen orientiert die Bundesregierung die Öffentlichkeit über Fragen der Sicherheitspolitik und der Streitkräfte. Die vom Bundesminister der Verteidigung publizierten «Weissbücher» informieren über die Verteidigungsmassnahmen der zurückliegenden Jahre, der Gegenwart und vor allem der künftigen Fortentwicklung. – In gedrängter Form wird hier auf wesentliche Punkte der im Herbst 1979 veröffentlichten Schrift hingewiesen.

Frieden in Freiheit

Nach einleitenden Worten des Bundeskanzlers und des Verteidigungsministers wird auf den hohen Stellenwert einer präventiven Sicherheitspolitik hingewiesen, die ohne Zweifel vom überwiegenden Teil des Staatsvolkes und der Politiker gewünscht und gebilligt ist. Die bundesdeutsche **Sicherheitspolitik** lässt sich in folgende hauptsächliche **Bereiche** gliedern:
- Atlantisches Bündnis,
- Europäische Gemeinschaft,
- Ost-West-Verhältnis und neuerdings, wobei die hohe Wertung überrascht,
- Nord-Süd-Dialog.

Grundlagen bilden eine **Politik des Gleichgewichts,** welche die Entspannung ermöglichen soll, Konflikte eindämmt und Interessen ausgleicht. Weiter soll die Fähigkeit zur **wirksamen Krisenbeherrschung** vorhanden sein. Betont wird die **Rolle der NATO** als Instrument der Friedenssicherung und besonders nachdrücklich die **Bindungen an die USA,** deren nukleare Abschreckungskapazität «durch nichts ersetzt werden kann». Grosse Bedeutung spricht das Buch der Präsenz von US-Truppen zur Verwirklichung einer integrierten Vorneverteidigung Europas zu (Abb. 1). Zum kürzlichen zaghaften Atomflirt Frankreich/Bundesrepublik ein Zitat: «Die Bundesregierung verfolgt keineswegs das Ziel, eine europäische Nuklearstreitmacht zu schaffen.» Erwähnenswert ist die insgesamte Beteiligung der Bundeswehr am Militärpotential der NATO in Mitteleuropa: 50 Prozent der Landstreitkräfte, 50 Prozent der bodengebundenen Luftverteidigungskapazität, 30 Prozent der Kampfflugzeuge; in der Ostsee 70 Prozent der See- und 100 Prozent der Seefliegerverbände.

Prioritäten der Verteidigungsplanung sind:
- mehr Panzerabwehrwaffen,
- grössere Munitionsvorräte,
- Fähigkeit zur schnellen Reaktion,
- rascher Kräftezuwachs (sprich Mobilmachung) schon in Zeiten politischer Spannung.

Verstärkt soll die Rüstungskooperation mit den Verbündeten in Angriff genommen werden, restriktiv bleibt die **Rüstungsexportpolitik an Drittländer** (lediglich 0,7 Prozent des Gesamtexports sind Kriegswaffen).

Bild 1. Eine Gruppe von aus dem Süden der USA in die Bundesrepublik eingeflogenen amerikanischen Soldaten beim Wintermanöver

Ausgleich und Entspannung

Der Versuch einer **langfristigen Entspannungspolitik** mit der Sowjetunion wird fortgeführt, mit der DDR hofft man durch Geduld und Beharrlichkeit auf den Grundlagen des Staatsvertrages weiterzukommen, Berlin bleibt «Gradmesser des politischen Klimas» und Prüfstein der Entspannung. Ebenso bemüht man sich um Fortsetzung der Entspannungspolitik auf der Basis der KSZE-Schlussakte. Ein SALT-Abkommen, dass die **strategische Stabilität festigt und die Abschreckung aufrechterhält,** entspricht den Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik. Hierzu bleibt noch die abschliessende Entscheidung der USA abzuwarten. Auch die Bundesregierung erwartet von den Wiener MBFR-Verhandlungen allenfalls nur begrenzte Fortschritte (Abb. 2).

Das Nord-Süd-Verhältnis

Welche grosse Bedeutung einer **Kooperation zwischen Industrie- und Entwicklungsländern** zugesprochen wird, belegt die besondere Abhandlung dieses Komplexes im Weissbuch. Erkannt wird das bedeutende militärische Engagement des Warschauer Paktes in vielen Teilen der Dritten Welt, mit den Einflussnahmen in Form von Stellvertreterkriegen. Mit 4,5 Milliarden DM Entwicklungshilfe, die künftig noch erhöht werden soll, versucht man der einseitigen Abhängigkeit dieser Länder im wirtschaftlichen und daraus folgernd im militärischen Sektor entgegenzuwirken. Schliesslich erfährt der Zwang zum Nord-Süd-Dialog, dessen Ziel der Aufbau einer auf Partnerschaft beruhenden Weltordnung mit Gleichberechtigung aller Staaten ist, eine besondere Würdigung.

Verteidigung im Bündnis

Es sind einige sehr wesentliche Aussagen zum **nuklear-strategischen Kräfteverhältnis** (Abb. 2) nachzulesen, die einen der Schwerpunkte der Schrift darstellen. Ausgangspunkt der Erörterungen bildet die Feststellung eines dynamischen Gleichgewichts der nuklearstrategischen Potentiale beider Weltmächte bis zur Mitte der achtziger Jahre. Hierzu existieren allerdings auch erheblich anders lautende Expertenmeinungen! Erkannt und genannt ist die strategische Bedrohung der Atlanti-

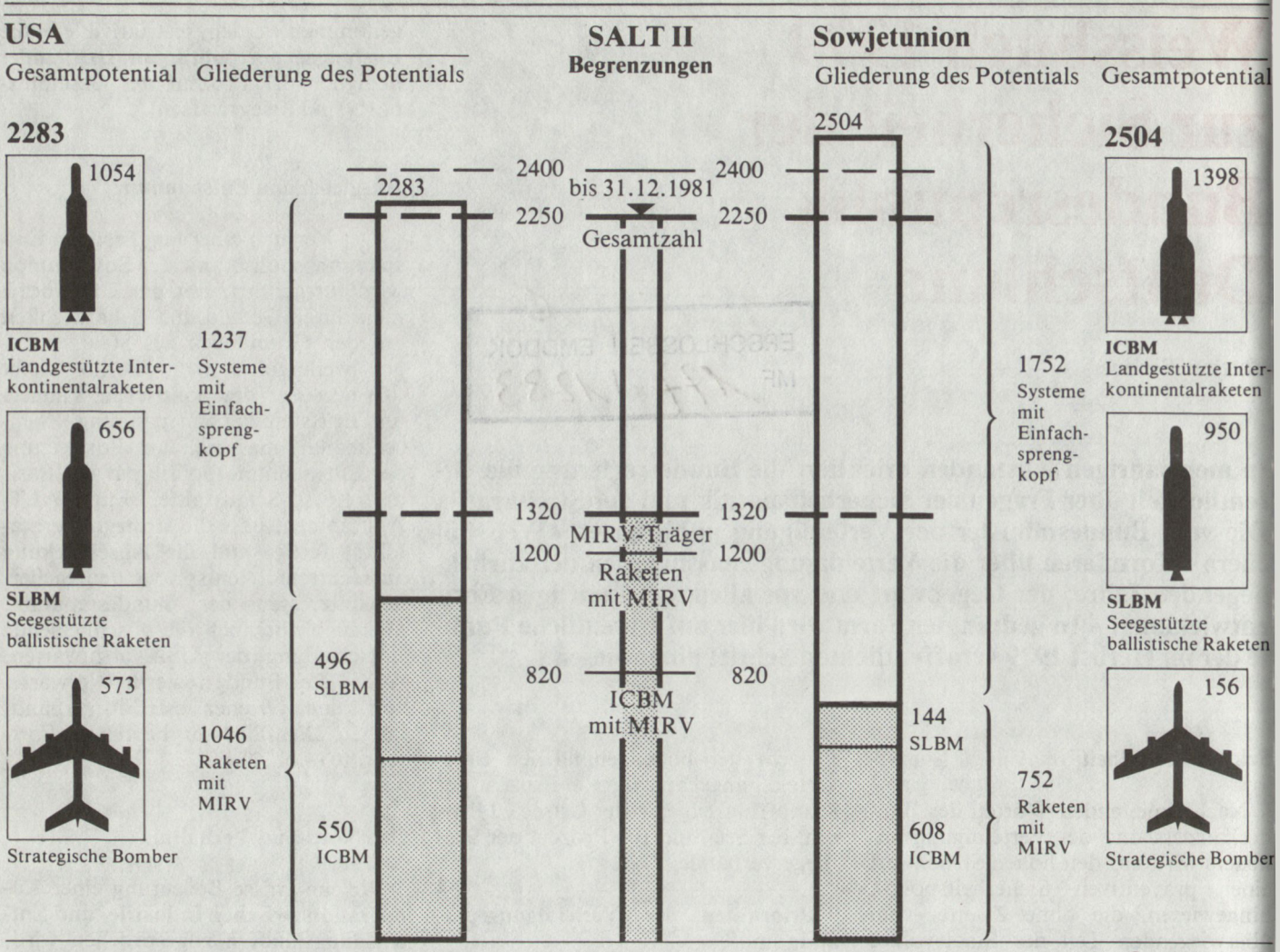


Bild 2. Nuklear-strategische Langstreckenpotentiale. (Stand: Juni 1979)

schen Allianz durch das **sowjetische Mittelstreckenpotential,** dem der Westen nichts Vergleichbares entgegenzusetzen hat. Diese teilweise Überlegenheit des Warschauer Paktes soll mit dem Hinweis auf das Gesamtspektrum der Abschreckung wettgemacht werden. Die «kleinen», taktischen A-Waffen (Reichweite unter 1000 km) sind in beiden Machtblöcken anteilig vertreten. Insgesamt geht die Bundesregierung von einem **ungefähren Gesamtgleichgewicht** aus, deutet aber einen Verlust an Flexibilität, bedingt durch die Lücken im Eskalationsspektrum der NATO, an.

Den **maritimen Verhältnissen** im Atlantik und den europäischen Randmeeren wird ein gesonderter Abschnitt gewidmet. Hier geht man von einem momentan noch vorhandenen zahlenmässigen Gleichgewicht aus. Die militärische Lage auf den Meeren ist besonders unter dem Aspekt notwendiger Truppenverstärkungen aus Nordamerika sowie von Rohstofflieferungen aus Übersee zu sehen, die im Verteidigungsfall entscheidende Bedeutung hätten.

Nach wie vor besteht in Mitteleuropa, an der Nord- und Südflanke, eine **konventionelle Überlegenheit des Warschauer Paktes** (Abb. 3, 4, 5). Beispielsweise beträgt die Relation bei den Kampfpanzern 1:3 zuungunsten des Westens. Die **Panzerabwehr** zu Lande und aus der Luft wird weiterhin forciert. Verstärkungen aus den USA sind nicht nur für Mitteleuropa, sondern ebenfalls für die Nordflanke (hauptsächlich Nordnorwegen) vorgesehen.

Die militär-strategischen Vorstellungen des Ostens basieren noch immer auf einer Art «Zugzwang» hin zur massiven Offensive, sollte es zu grösseren militärischen Handlungen kommen. Bezeichnend für diese These sind die jeweiligen Grossmanöver des Warschauer Paktes, letztmals 1978. Somit ist der Westen gezwungen, seine Defensivmassnahmen den gegebenen, möglichen Aggressionsformen anzupassen. Dabei obliegt der aktuellen Militärstrategie der NATO (Bezeichnung: Flexible Reaktion) der Auftrag, einen Krieg durch **Abschreckung** zu verhindern. Für einen Angreifer muss das Risiko unkalkulierbar bleiben. Am Grundsatz der **Vorneverteidigung** (Abb. 6) wird weiterhin festgehalten, die **Rückgewinnung verlorengegangenen Territoriums** ausdrücklich unterstrichen.

Eine grundsätzliche Orientierungshilfe für die Weiterentwicklung der NATO und Erhöhung von Verteidigungsfähigkeit und Abschreckungskapazität bildet das 1978 beschlossene **«Langfristige Verteidigungsprogramm»** des Militärpaktes. Im einzelnen ergingen zehn langfristige Programme, die Bereitschaftsgrad, Verfügbarkeit und Überlebensfähigkeit steigern sollen. Die ebenso gewünschte Koordinierung der Logistik bleibt sicher in ihren tatsächlichen Auswirkungen noch auf Jahre ein Wunschbild. Ebenso ist die Zuführung von Verstärkungen – hierzu wären im grösseren Umfange nur die USA in der Lage – in den kommenden Jahren problematisch, da schon heute bei den Reserveteilen der US-Streitkräfte ein rapides Sinken der Kopfstärken festzustellen ist.

Vorerst hoffen die Verbündeten noch sehr auf positive Ergebnisse bei den **SALT-Gesprächen,** die vielleicht

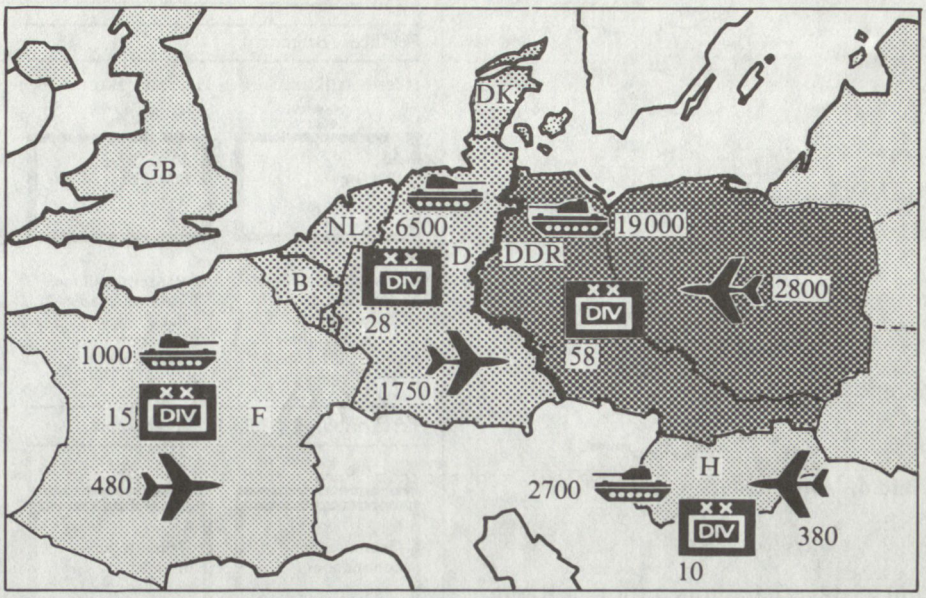
dazu beitragen, die Überlegenheit der Sowjets auf dem Gebiete der atomaren Mittelstreckenwaffen abbauen zu helfen, und so zur Erhaltung der nuklearen Gesamtbalance zwischen Ost und West beitragen würden.

Die Bundeswehr

Die Streitkräfte haben die Beschlüsse und Zielvorstellungen der Regierung zu vollziehen und «Sicherheit zu produzieren», wie es so schön in einer Werbeschrift heisst. Erwähnt sei, dass die Bundeswehr ihr personelles und technisches Potential in einer **Gesamtstärke von etwa 670 000 Menschen** nicht nur für den Verteidigungsfall, sondern auch für «zivile» Notstände (z.B. Naturkatastrophen) bereitstellt. Die schon zu Beginn der 70er Jahre anvisierte Reform der Wehrstruktur hat sich im wesentlichen in einer neuen Heeresstruktur ausgewirkt, die den Landstreitkräften – bedingt durch neue Organisationsformen und Schwerpunktbildungen – **mehr Kampfkraft** (Abb. 7, 8) verleiht. Dabei wird – ähnlich wie in den vergangenen Jahren bei der US Army zu beobachten – Personal aus dem Unterstützungs- und Versorgungssektor für Kampfverwendungen freigemacht, das Reservistenpotential mehr genutzt.

Bis 1985 erhält das Heer neue Waffen und Material im Werte von 15 Milliarden DM. Jedes der 3 **Armeekorps** wird durch ein Panzerabwehr-Hubschrauberregiment sowie ein Flugabwehrregiment des Typs «Roland» verstärkt. Die **Divisionen** verfügen künftig anstelle eines Fliegerabwehrbataillons über ein Regiment. Die infanteristische Komponente verstärkt sich je Division um jeweils 2 Jägerbataillone, die allerdings im Frieden nur teilaktiv bzw. als Geräteeinheiten bestehen. Die nunmehr 36 **Kampfbrigaden** (Abb. 9) setzen sich aus 17 Panzer-, 16 Panzergrenadier- und 3 Luftlandebrigaden zusammen. Jäger und Gebirgsjäger sind nicht mehr genannt, jedoch ist einer der Panzergrenadierbrigaden der Gebirgskampf übertragen worden. Die 4 Kampfbataillone der Brigade verfügen über je 12 Kampfkompanien. Die Panzerkompanie hat nur noch 13 und die Panzergrenadierkompanie 11 gepanzerte Kampffahrzeuge.

Eine bedeutende Verstärkung erhält das nicht der NATO unterstehende **Territorialheer** (Abb. 9), dem nunmehr 6 **mechanisierte Heimatschutzbrigaden** mit einer teilweisen hohen Präsenz unterstehen. 6 weitere solcher Brigaden bestehen zusätzlich als Geräteeinheiten. Hinzu treten Sicherungstruppen



Verstärkungen aus USA, Distanz 6000 km

Verstärkungen aus den 3 westlichen Militärbezirken der UdSSR, Distanz 650 km

Bild 3. Land- und Luftstreitkräfte Mitteleuropa und Verstärkungen aus den USA beziehungsweise der UdSSR.

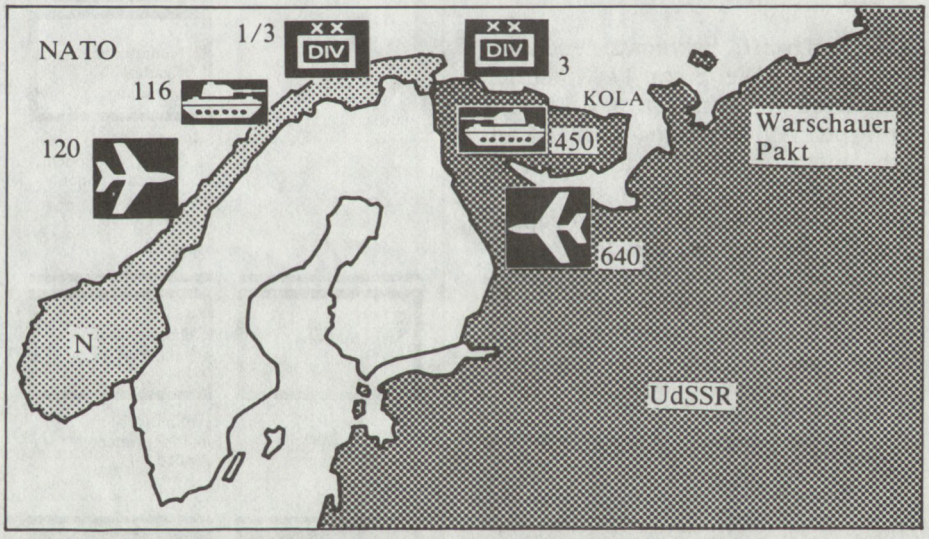


Bild 4. Land- und Luftstreitkräfte Nordeuropa – Präsente Kräfte.

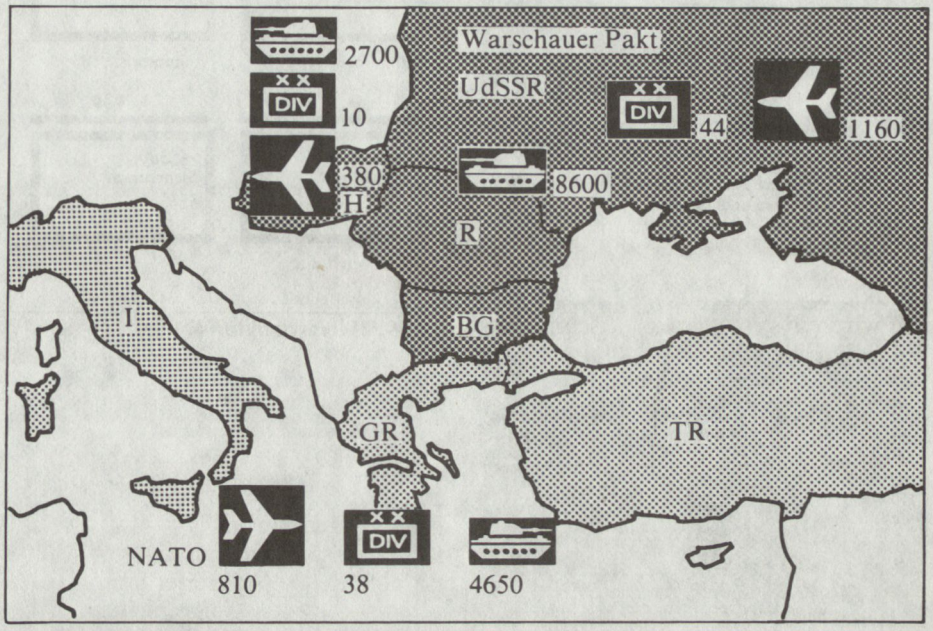


Bild 5. Land- und Luftstreitkräfte Südeuropa – Präsente Kräfte.

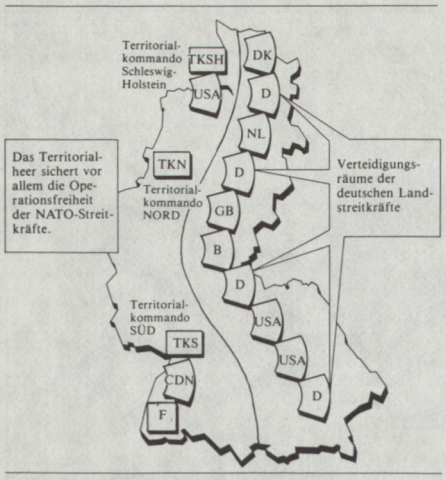


Bild 6. Vorneverteidigung.

mit 45 Jägerbataillonen für den Raumschutz, 150 Heimatschutzkompanien und 300 Sicherungszüge für den Objektschutz im rückwärtigen Gebiet. Bei Bedarf sollen aber diese Territorialverbände auch **das Feldheer unterstützen** und im Notfalle auch verstärken.

Die **Luftwaffe** bekommt neue Ausrüstungen im Werte von 17 Milliarden zugewiesen und schafft u. a. Flugzeuge der Typen Alpha Jet und Tornado an. Noch mehr als bisher wird die Rolle der Luftmacht hinsichtlich der Unterstützung der eigenen Bodentruppen und die Mitwirkung bei der Panzerabwehr betont. Weiterhin im Vordergrund bleibt der grundsätzliche Auftrag, die Luftstreitkräfte eines Angreifers zu hindern, Ziele in der Bundesrepublik Deutschland zu erreichen.

Bild 7. Kampfpanzer Leopard 2 (Copyright by Bundesministerium der Verteidigung)

Bild 8. Flugabwehrpanzer im Manöver

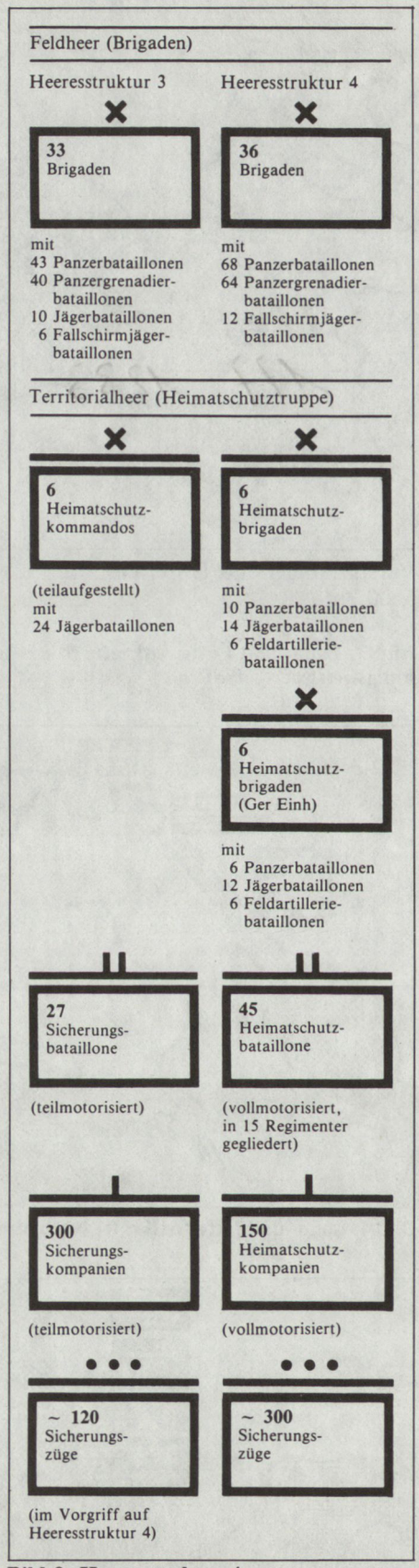


Bild 9. Heeresstruktur 4.

Berufssoldaten sind genügend vorhanden, bei den **Zeitsoldaten** besteht ein Fehlbestand von 8,7 Prozent, der jedoch nach Einführung der vollen Gehaltszahlung von Anfang an sich vermindern dürfte. Der Verwendungs- und Beförderungsstau bei den Berufsoffizieren bringt erhebliche Probleme mit sich, die teils menschlicher, teils sachlicher Natur sind. Während die Geburtsjahrgänge 1925 bis 1934 zu schwach vertreten sind, gibt es ein «Überangebot» aus den Jahren 1935 bis 1944. Sollten sich nicht einschneidende Veränderungen ergeben, wird das Offizierskorps überaltern. Nach dem gegenwärtigen Stand wären 66 Prozent der **Truppenoffiziere** älter als 40 Jahre.

Erleichternd für den Menschen in Uniform ist das Bemühen, bei den Wehrdienstleistenden heimatferne Einberufungen zu vermeiden und bei den Längerdienenden Versetzungen auf ein unbedingt notwendiges Minimum zu reduzieren. – Was bei den Beamten, Polizisten und zivilen Mitarbeitern des Staates schon lange üblich ist, wurde nun teilweise auch auf den Personenkreis der Soldaten erweitert. Geplant ist die **Zahlung einer pauschalierten Summe** für besonders dienstzeitbelastete Einheiten (durchschnittliche Wochenstundenbelastung von mehr als 56 Stunden), die bei den Berufs- und Zeitsoldaten 90 DM und 54 DM bei den Wehrpflichtigen betragen soll.

Trotz aller dieser Bemühungen der politischen und militärischen Führung herrscht bei vielen Offizieren und Soldaten **Unzufriedenheit,** die Gründe sind vielschichtig. Eine der Ursachen dieser Entwicklung ist zweifellos das heute stark ausgeprägte Anspruchdenken vieler Soldaten, welches bei Nichterfüllen der Erwartungen oftmals Resignation und Verbitterung auslöst. Mit diesem Problem steht allerdings die Bundeswehr nicht allein da, es existiert in den Grundzügen ebenso in vielen anderen Armeen und ähnlich im zivilen Bereich.

Finanzen

Trotz jüngster Kritik aus den USA steht die Bundesrepublik bei den **Verteidigungsausgaben** der NATO-Staaten an zweiter Stelle. Von 1970 bis 1978 sind die Verteidigungsausgaben um 90,6 Prozent gestiegen. Dies bedeutet einen tatsächlichen Zuwachs von 25 Prozent, berücksichtigt man die Preisentwicklung. – 1979 stehen für Militärausgaben insgesamt 45,4 Milliarden DM zur Verfügung. ■